

Februarrundschau

von Martin Bauer

Sozialwissenschaftliche Leseempfehlungen, kurz notiert

Den „Sumpf“ in Washington trocken zu legen, war ein häufig wiederholtes Versprechen des Wahlkämpfers Donald Trump. Organisiert hatte diesen Wahlkampf ein gewisser Paul Manafort, der sich mittlerweile um seine berufliche Existenz gebracht sieht, weil Sonderermittler Robert Mueller den hochbezahlten Washingtoner Lobbyisten angeklagt und damit aus dem Verkehr gezogen hat. Manafort hatte seine Dienste nicht nur dem ukrainischen Ministerpräsidenten Wiktor Janukowitsch angedient, sondern auch dem russischen Oligarchen Oleg Deripaska, dem Kreml-Nähe nachgesagt wird. Folglich könnte Manafort, wie schon früh vermutet wurde, eine wichtige Schüsselfigur für die nun bereits einige Monate andauernden Ermittlungen werden, die klären sollen, ob es eine Zusammenarbeit zwischen Trumps Wahlkampfteam und russischen Regierungskreisen gegeben hat.

Wie plausibel dieser Verdacht – entgegen aller Beteuerungen Trumps, es habe keine „collusion“ gegeben – ist, belegt ein beeindruckend detailreicher Artikel, den Franklin Foer gerade in **The Atlantic Monthly** (March 2018) veröffentlicht hat. Unter der Überschrift *The Plot against America* leuchtet Foer den Aufstieg und Niedergang des offenbar völlig gewissen- und prinzipienlosen Manaforts aus. Übrigens spielt der Titel auf ein Buch des Schriftstellers Philipp Roth an. Der Roman erregte 2004 großes Aufsehen, weil er – in einer kontrafaktischen Geschichtsparabel – von einer faschistischen Machtübernahme in den Vereinigten Staaten erzählt, nachdem der Faschist Charles Lindbergh bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1940 überraschend seinen demokratischen Konkurrenten F. D. Roosevelt schlägt.

Als Sohn von Paul Manafort senior, eines seinerseits korrupten Bürgermeisters, kam Manafort junior im Städtchen New Britain, Connecticut zur Welt. Dort hatte sich die Familie, die Anfang des 20. Jahrhunderts aus Neapel in die Vereinigten Staaten eingewandert war, angesiedelt und zunächst ein Abrissunternehmen gegründet, aus dem schließlich die Baufirma „Manafort Brothers“ hervorging. Sein Vermögen sollte Paul Manafort junior allerdings weder mit der Konstruktion noch mit dem Abriss von Gebäuden machen, sondern mit der Gründung von Agenturen und Firmen, die sich auf die Verbindung von Lobbying, Consulting, politischem Marketing und der Lancierung von Klientelpolitiken spezialisierten, mithin darauf, ebenjenen Sumpf zu erzeugen, dessen Beseitigung sich Trump auf die Fahnen geschrieben hatte. Was Foer nun in **The Atlantic Monthly** über die

Machenschaften Manaforts zusammenträgt, ist atemnehmend. Schade, dass solche Recherchen den Leser*innen deutscher Tages- und Wochenzeitungen vorenthalten bleiben.

Zu den ältesten Institutionen der Vereinigten Staaten gehört die *American Academy of Arts and Sciences*. Bereits 1780 gegründet, handelt es sich um eine in der Tat ehrwürdige Gesellschaft, die heute über 5000 Mitglieder zählt. Seit 1955 gibt die Akademie auch ihre eigene Zeitschrift namens **Dædalus** heraus. Alle drei Monate erscheint eine neue Ausgabe, die sich jeweils einer eigenen Thematik widmet. Die Zeitschrift nimmt sowohl durch das weite Spektrum ihrer Themen für sich ein, als auch durch die exzellenten Beiträge, die in aller Regel von den führenden Köpfen der jeweiligen Sachgebiete verfasst werden. Weil die Beiträge Fachjargon vermeiden und Wert auf zugängliche Wissenschaftsprosa legen, hat die Leserin selten Grund dazu, die Lektüre der präsentierten Aufsätze für vergeudete Lesezeit zu halten. Kurz: Es lohnt sich, die Zeitschrift zu verfolgen, zumal alle Ausgaben online sind und heruntergeladen werden können.

Die jüngste Ausgabe (*Winter 2018*), herausgegeben von Karl Eikenberry und Stephen D. Krasner, steht unter dem Titel *Ending Civil Wars: Constraints & Possibilities*. Die beiden an der Stanford Universität lehrenden Herausgeber greifen die Themenstellung der vorangegangenen Ausgabe *Civil Wars & Global Disorder: Threats and Opportunities* aus dem Herbst 2017 wieder auf und führen sie weiter. Beide Hefte stellen insgesamt die höchst informativen Resultate eines über 18 Monate geführten Forschungsprojektes vor, das die *American Academy* in der Absicht durchgeführt hat, mehr über „Civil Wars, Violence and International Responses“ in Erfahrung zu bringen.

Nach Auskunft der Herausgeber lautet die wichtigste Schlussfolgerung, die sich aus den Diskussionen unter den beteiligten Wissenschaftler*innen ergeben hat, dass „the policy options for adressing civil wars are limited.“ Diese Konklusion wird Zeitungsleser*innen, die während der letzten Monate etwa die Berichterstattung über Syrien verfolgt haben, wahrscheinlich ziemlich trivial erscheinen. Wie wenig Politik auszurichten vermag, ist der Generalbass, der aus allem herausklingt, was täglich aus den Bürgerkriegsregionen der Welt vermeldet wird. Außerdem kann die Einsicht in die allenfalls bescheidenen Handlungsmöglichkeiten einer Politik, die innerstaatliche Gewalt beenden oder zumindest eingrenzen will, uns auch und gerade als Bürger*innen der EU insofern beunruhigen, als die *American Academy* mit solchen Befunden eben die Argumente zu verifizieren scheint, die den bereits unter Barak Obama begonnenen, neuen Isolationismus der US-amerikanischen Außenpolitik unterfüttern.

Nichtsdestotrotz sind die in beiden Ausgaben versammelten Aufsätze sowohl wegen der empirischen Tiefenschärfe der Fallanalysen lesenswert, als auch aufgrund der synthetisierenden Kraft der typologischen Zuspitzungen, die vorgenommen werden, um für Übersichtlichkeit in der bedrückenden Mannigfaltigkeit der über den Globus

verteilten Bürgerkriegssituationen zu sorgen. Dass derlei Situationen als ständige Gefahrenherde nicht zuletzt für die internationale Staatenordnung als Ganze wahrzunehmen sind, ist wohl unbestreitbar. Zudem verdeutlichen alle Beiträge, dass es vier Faktoren sind, die externe Akteure in Rechnung zu stellen haben, gilt es zu entscheiden, ob und wie auf Bürgerkriege reagiert werden soll: Zu bedenken ist erstens) „the extent to which the interests of external and national political elites are complementary“; nüchtern anzuerkennen ist gegebenenfalls zweitens) „the presence of irreconcilable groups in a civil conflict“; was auch nach dem Ende des Kalten Krieges in einer nicht mehr bipolaren Welt drittens) zu beachten bleibt, ist „the threat of great power conflict“; und schließlich versteht sich viertens) von selbst, dass die „costs of intervention“ zu gewärtigen sind (wobei ein interessantes Detail festhält, dass die einjährige Stationierung eines US-Infanteristen etwa im Irak oder in Afghanistan gut eine Million Dollar kostet, während für die Stationierung eines Soldaten der UN-Blauhelme in einer Krisenregion wie etwa Pakistan nur circa 88.000 Dollar per annum anfallen).

Was den dritten Faktor, also die Gegenwart von Gruppen, die sich in einem Bürgerkrieg auf gänzlich unversöhnliche Weise gegenüberstehen, angeht, so betonen einzelne Beiträge, etwa die von Tanisha Faisal und Stathis Kalyvas, dass es religiös motivierte Aufständische gibt, deren Weltanschauung im krassesten Widerspruch zum normativen Apriori der westlich dominierten, internationalen Staatenordnung steht. So ist völlig klar, dass die „principles and norms associated with Westphalian sovereignty and international legal sovereignty are completely hostile to those that have been accepted and promulgated by Islamic jihadi groups.“

Wer sich über die normative Matrix der Staatenwelt und einer darauf basierenden „Weltinnenpolitik“, wie sie Jürgen Habermas nach dem Ende des Kalten Krieges auf der Spur von Immanuel Kants Betrachtungen zum ewigen Frieden noch vor gut zwanzig Jahren in Aussicht gestellt hatte, den Kopf zerbrechen möchte, sollte die Einladung zu einem „roundtable“ annehmen, die in der aktuellen Ausgabe von **Ethics & International Affairs** (*Winter 2017, Issue 31.4*) ausgesprochen wird. Dort hat die Politikwissenschaftlerin Valerie Morkevičius drei Kollegen zu einem Gedankenaustausch über *The Roles of International Law and Just War Theory* gebeten, der die Gelegenheit bietet, sich in kompakter Form über den gegenwärtigen Stand der Debatte ins Bild zu setzen. Allerdings künden die Beiträge von David Luban, James Turner Johnson und Edward Barrett eher von der Ohnmacht des Sollens als von den zerklüfteten Wirklichkeiten, mit denen sich die ebenso notwendigen wie weitgehend chancenlosen Versuche arrangieren müssen, zwischen unversöhnlich zerstrittenen Konfliktparteien in Bürgerkriegen zu vermitteln.

Von den in diesem Zusammenhang bereits erwähnten jihadistischen Gruppierungen ist unter gewaltsoziologischer Perspektive auch in der jüngsten Ausgabe des **European Journal of Sociology** (Volume 58, Issue 3, 2017) die Rede. Stefan Malthaner rekapituliert dort in einem instruktiven Überblicksartikel die *Evolution*

of an Analytical Paradigm, wobei er so diejenigen jüngeren Forschungsansätze bezeichnet, die sich einer Analyse kognitiver und ideologischer Einstellungsveränderungen verschreiben, um Prozesse individueller wie kollektiver Radikalisierung besser erklären zu können. Ausgelöst durch sogenannte „homegrown terrorists“ und die Beobachtung, dass sich junge, im Westen aufgewachsene Männer und Frauen als ausländische Kämpfer*innen auf den Weg Richtung Syrien und in den Irak gemacht haben, fragen diese Studien nach den Wurzeln politischer Gewalt.

Die Ausgangsvermutung ist, dass es die Radikalisierung von Einstellungen und Handlungsmotiven sei, die schließlich zu der Bereitschaft führt, militant zu werden. Dort, wo solche Radikalisierungen nicht nur auf individueller, sondern auch auf kollektiver Ebene untersucht, das heißt tatsächlich als soziale Prozesse gefasst und empirisch beschrieben werden, zeigt sich eine ebenso dichte wie komplexe Interaktion innerhalb radikaler Gruppen und Netzwerke ab. Von daher ist festzustellen, dass ideologische Affinitäten zwar nicht ohne Belang sind, die Bereitschaft zur Teilnahme an militantem Aktivismus jedoch nicht die Voraussetzung von Radikalisierungsprozessen ist, sondern umgekehrt erst deren Resultat. „The process of radicalisation itself“, schreibt Malthaner, „takes place as a group-process, within cliques of friends (‘bunches of guys’) who form strong bonds and generate small-group dynamics that transform individual perceptions and values.“

Im Gegensatz zu den Untersuchungen, die im Kontext der Analyse sozialer Bewegungen nach der Genese politischer Gewalt gefragt hatten und für die Gewalt „a deliberate choice by militant groups in response to perceived opportunities and constraints and in reaction to their opponents“ war, führt die gewaltsoziologische Auseinandersetzung mit Radikalisierungsprozessen zu einem, wie Malthaner deutlich herausarbeitet, veränderten Verständnis von Gewalt: Wird der Akzent auf Radikalisierung gelegt und darunter „a personal, cognitive-ideological propensity for violence“ verstanden, legt sich ein Begriff von Gewalt nahe, der sie als „individual behavior triggered by certain beliefs and environmental stimuli, rather than deliberate action in the context of a broader political conflict“ definiert. Um die sich damit abzeichnende Dichotomisierung unterschiedlicher Gewaltbegriffe zu überwinden, plädiert Malthaner im Fazit seines Artikels für eine Soziologie politischer Gewalt, die sich der „co-evolution of individual pathways and social (i.e. Salafist) movements in interaction with their broader societal and political environment“ zuwendet, um die „formation and transformation of radical cliques and networks as specific environments of radical micro-mobilization“ zu untersuchen.

Einen weiteren Aufsatz zu explizit prozesstheoretischen Problemstellungen, mit denen eine Soziologie politischer Gewalt konfrontiert ist, hat Stefan Malthaner in der aktuellen Ausgabe des **International Journal of Conflict and Violence** (*Volume 11/2017*) veröffentlicht. Dabei gehört sein Beitrag *Processes of Political*

Violence and the Dynamics of Situational Interaction zu einer Kompilation unterschiedlicher Aufsätze, die Eddie Hartmann, Soziologe an der Universität Potsdam, für eine „focus section“ zusammengestellt hat. Diese Zusammenstellung ist aus einer international besetzten Konferenz hervorgegangen, die im April 2016 in Paris stattgefunden hat. Eingeladen wurde damals unter dem Motto *Bringing Social Action Back into Violence Research* und die zu verhandelnde Frage lautete: *How to integrate Micro-Level Interactions with Macro-level Patterns in the Study of Violence?* Nach Einschätzung von Hartmann besteht die wesentliche Herausforderung, vor der eine Soziologie der Gewalt heute steht, schlicht darin, Gewalt in ihrer Bestimmtheit und Besonderheit so zu fassen, „that the empirical subject of an emerging field of sociology can be defined beyond the conventional way of dispersing violence into fragments at the edges of the discipline“. Hartmann geht es in diesem von ihm betreuten Themenschwerpunkt mit anderen Worten darum, die möglichen Konturen einer allgemeinen Soziologie der Gewalt zu skizzieren. Eine derartige Gewaltsoziologie zielt darauf, Gewalt primär „as a social fact“ zu begreifen und nicht „as a moral or political problem“. Gerade dieser Ehrgeiz, die Gewaltsoziologie aus dem Status einer Subdisziplin innerhalb der Gesellschaftswissenschaft herauszuführen, macht Hartmanns Intervention zur Pflichtlektüre für Soziolog*innen, die daran interessiert sind, einen souveränen Überblick der Ansätze nachzuvollziehen, in denen Gewalt nicht als Anomie des Sozialen oder als Ressource politischer Macht betrachtet wird, sondern als ein soziologischer Forschungsgegenstand ganz eigenen Rechts.

Nun wird ein kühner Sprung fällig, nämlich von außen-, wenn nicht gar geopolitischen Fragen zu erhitzten Kontroversen bundesrepublikanischer Innenpolitik. Was in die Pressemappen aller Mitglieder des neuen Bundeskabinetts gehört, ist der in der aktuellen Ausgabe der **Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie** (Dezember 2017) veröffentlichte Aufsatz *Religion und Bildungserfolg im Migrationskontext – Theoretische Argumente, empirische Befunde und offene Fragen* von David Ohlendorf, Matthias Koenig und Claudia Diehl. Dieser 30-seitige Text ist sicherlich keine Unterhaltungsliteratur für den schnellen Verzehr. Doch handelt es sich um ein mustergültiges Exempel methodologisch hochreflektierter empirischer Sozialforschung, die bei aller Trockenheit statistischer Auswertung und Analyse mit ausgesprochen kontraintuitiven und schon deshalb Augen öffnenden Resultaten überrascht. Festgehalten wird, „dass evangelische Schülerinnen und Schüler, die die eigene Religion als ‚ziemlich‘ oder sogar ‚sehr wichtig‘ einschätzen, mit höherer Wahrscheinlichkeit das Gymnasium besuchen als die sehr religiösen Schülerinnen und Schüler anderer Religionsgruppen. Das gilt für die einheimischen evangelischen Schüler als auch für diejenigen aus Migrantenfamilien gleichermaßen. Bei den anderen Gruppen, gerade auch bei den Muslimen, beeinflusst die Religiosität nicht die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen.“ Abgesehen von diesem Befund, der die Bedeutung des Protestantismus für den Bildungserfolg (und die sich anschließende mögliche Aufwärtsmobilität) identifiziert, ohne dafür eine überzeugende Erklärung anbieten zu können, betonen die Autoren und ihre Koautorin, dass sich die religiöse Partizipation ansonsten „als weitgehend irrelevant für den Bildungserfolg“ erweist. Folglich ist im Fazit der

Studie zu lesen: „Weder die in der deutschsprachigen Debatte vorherrschende These von ethno-religiösen Gemeinden als ressourcenverzehrende und integrationsfeindliche Enklaven noch die eher aus der US-amerikanischen Forschung bekannte Annahme, dass Religionsgemeinschaften als relevante Sozialisations-, Lern- und Kontrollinstanz für den Bildungserfolg fungieren, lässt sich mit den vorliegenden Daten bestätigen.“ Im Klartext bedeutet das, „dass die Diskussion um ethnische Bildungsungleichheiten gut beraten ist, die religiösen Aspekte nicht überzubewerten.“ Die Behauptung, Religion blockiere oder befördere Integration über Bildungserfolge, kann sich also, wenn sie für die Bundesrepublik aufgestellt wird, nicht auf empirische Belege berufen. Solche Belege lassen sich nur anbringen, wenn und soweit es um den Protestantismus geht.

Könnten wir es vergessen? Nein, natürlich nicht: In zwei Monaten jährt sich der Mai 1968 zum fünfzigsten Mal. Also startet **MicroMega** den neuen Jahrgang gleich mit zwei Heften (1/2, 2018) zu *sessantotto!* Die von Paolo Flores d'Arcais herausgegebene und seit 1986 alle zwei Monate erscheinende Zeitschrift - in ihrem Untertitel adressiert sie eine aufgeklärte Linke („per una sinistra illuminista“) - bietet eine ausgesprochen bunte Mischung. Im ersten Heft erinnert ein gut komponiertes Dossier an Pier Paolo Pasolini. Neben anderen Texten aus jener Zeit findet sich hier auch ein Wiederabdruck des berühmten Textes *Perché siamo tutti borghesi* (Warum wir alle Bürger sind). Nicht minder aufschlussreich ist ein weiterer Wiederabdruck; jedoch nicht aus dem Jahre 1968, sondern zwanzig Jahre später: Dokumentiert wird eine Diskussion, in der sich unter anderem Adriano Sofi und Paolo Flores d'Arcais mit der Frage beschäftigt haben, ob 1968 als „una rivoluzione fallita“ beurteilt werden müsse.

Beide Hefte liefern zudem einen vielstimmigen Chor persönlicher Erinnerungen, an dem sich - um nur einige zu nennen - so illustre Autoren*innen wie Paul Auster, Andrea Camilleri, Massimo Cacciari und der Architekt Renzo Piano beteiligt haben. Das Potpourri ist ebenso unterhaltsam wie belehrend. Und während Daniel Cohn-Bendit, Karl Dietrich Wolf und Ekkehard Krippendorf in einem Gespräch aus dem Juli 1968 erklären, „perché protestano“ (warum sie demonstrieren), meldet sich Axel Honneth aus der Jetztzeit zu Wort, um seinen italienischen Leser*innen unter der Überschrift *L'anno di una generatione* zu vermitteln, was es eigentlich mit dem „Linksfaschismus“-Vorwurf von Jürgen Habermas auf sich hatte und warum nicht Theodor W. Adorno respektive Max Horkheimer die Helden der studentischen Protestgeneration waren, sondern Herbert Marcuse: „Era un grande uomo.“